

11.49

Abgeordneter Mag. Gerald Hauser (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Jugend auf der Galerie! Geschätzte Damen und Herren vor den Fernsehbildschirmen! Der Tourismus und der Tourismusbericht sind ganz wichtig. Wir sind Tourismusweltmeister, darauf können wir hundertprozentig stolz sein. Speziell für den ländlichen Raum ist der Tourismus unverzichtbar, weil Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Einkommen durch den Tourismus erhalten werden; das ist absolut unstrittig.

Wir schreiben jedes Jahr Rekordzahlen. Im Jahr 2015 gab es 135 Millionen Übernachtungen bei in etwa 40 Millionen Ankünften. Das sind schon satte Zahlen. Da ist einmal den Unternehmerinnen und Unternehmern zu danken (*Beifall bei der FPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen*), die es durch ihre Arbeit trotz der vielen Bürokratie et cetera schaffen, diese Traumergebnisse zu erzielen. Das ist wirklich unstrittig.

Es ist aber auch primär Aufgabe der Opposition, aufzuzeigen, wo es im Tourismus krankt. Ich denke, das ist absolut notwendig und wichtig. Da gibt es eben unterschiedliche Ansichten in der Regierung und in der Opposition, und dieses Sträußchen haben wir bereits im Ausschuss ausgetragen. Die Regierungsseite versucht selbstverständlich eher, alles sehr positiv erscheinen zu lassen, und die Opposition sagt: Tourismus ist absolut wichtig und läuft Gott sei Dank gut, aber es gibt viele Probleme. Die Probleme sind auch anzusprechen und zu beseitigen. Das ist unsere Aufgabe.

Wenn man sich diesen aktuellen Tourismusbericht anschaut, dann sieht man, dass es neben diesen wunderbaren Zahlen und der direkten und indirekten Wertschöpfung, die der Tourismus mit über 24 Milliarden € zum Beispiel bringt, einfach viele Fakten in der Statistik gibt, die doch zum Nachdenken anregen müssen.

Weltmarktanteil: Wir verlieren am Weltmarkt ständig. Im Jahr 2009 hatten wir noch 6,35 Prozent Anteil, 2015 5,8 Prozent. Beim Nächtigungsmarktanteil am internationalen europäischen Tourismus gibt es auch einen Rückgang von 8,51 Prozent 2009 auf 7,11 Prozent. Auch die Aufenthaltsdauer ist leider Gottes weiter rückläufig, von 4,9 Übernachtungen auf 3,4 Übernachtungen, et cetera, et cetera. Das sind ein paar Rahmenbedingungen, die einfach zum Nachdenken anregen müssen.

Fakt ist neben diesen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Zahlen, dass die Tourismusbranche in den letzten Jahren viele Belastungen über sich ergehen

lassen musste, wie zum Beispiel die Registrierkassenpflicht, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 13 Prozent, die Allergenverordnung, die nach wie vor zu hohen Lohnnebenkosten, das Theater rund um das Rauchverbot, die Belastungen bei der Betriebsübergabe. All diese Komponenten haben dazu geführt, dass die grundsätzliche Stimmung in der Branche – ich sage es jetzt einmal vorsichtig – keine allzu gute ist.

Wenn da vielfach widersprochen wird, darf ich, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, aus einem Beitrag des ORF vom 14. März 2016 zitieren: „Viele Wirte denken ans Aufhören“, so der Titel eines entsprechenden Berichts. Wie drastisch die Situation mittlerweile ist, zeigt sich, wenn es in dem genannten Bericht wörtlich heißt:

„Das Wirtesterben habe bereits eingesetzt (...). Neue Verordnungen und bürokratische Hürden, wie etwa die Registrierkassenpflicht oder die Allergieverordnung setzen vor allem kleinen Betrieben zu. Im vergangenen Dezember, Jänner und Februar gab es um 40 Prozent mehr Schließungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (...) Die Wirtesvertreter fühlen sich von der Politik unverstanden.“ Sie fordern „ein Umdenken von Politik und Gesetzgeber.“

Der Gastronomie-Obmann in der Wiener Wirtschaftskammer Peter Dobcak wird in der „Presse“ vom 1. Jänner 2016 wie folgt zitiert:

„In den nächsten drei Jahren werden 30 Prozent der Gastronomen ausfallen, und die Preise werden um 30 Prozent steigen müssen.“ – Er sagt weiters: „Die Stimmung unter den Gastronomen sei ‚miserabel‘“.

Auch Peter Haubner, Wirtschaftsvertreter der ÖVP, darf ich zitieren. Selbst der Wirtschaftssprecher der ÖVP, Abgeordneter Peter Haubner, kritisierte in einem „Kurier“-Interview vom 9. Jänner dieses Jahres trotz vorhergehender Zustimmung zu vielen Gesetzen, die ich gerade als Belastung für die Tourismuswirtschaft aufgezählt habe, die Belastungen gerade für Gastronomiebetriebe – ich zitiere –:

„Dass Wirte besonders sauer sind, kann der Wirtschaftsvertreter verstehen.“ –Und: „Es geht nicht, dass man vor lauter Bürokratie nicht mehr zum Arbeiten kommt.“

Die an sich nicht positive Stimmung wird ja auch von allen bestätigt, und da ist anzupacken. Da stelle ich mir zuerst schon einmal die Frage: Packen wir selbst auch hier im Parlament an? – Ich rufe unsere Initiative in Erinnerung, eine „klare gesetzliche Regelung für eine unbürokratische und belastungsfreie kurzfristige Mitarbeit von Familienangehörigen in Gastronomiebetrieben“ zu schaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das war für jeden Außenstehenden von Haus aus normal. Ich beziehe mich auf Kollegen Obernosterer, der den Betrieb übergeben hat, der zu Hause einmal ein Seidel mittrinkt, wenn ein Reisebus kommt und theoretisch hätte angemeldet werden müssen. Dass so etwas nicht geht, versteht jeder.

Wir waren im Ausschuss über eineinhalb Jahre lang nicht in der Lage, eine gesetzliche Regelung zustande zu bringen, weil das von der SPÖ blockiert worden ist. Das versteht niemand mehr! Dann kommt eine Verordnung heraus, in der festgehalten wird, dass das mitarbeitende Familienmitglied ein Trinkgeld von bis zu 30 € pro Tag behalten darf. Ich frage mich da wirklich: Wem fällt denn so etwas ein, bitte? Auf der einen Seite spricht man von Bürokratieabbau, und auf der anderen Seite wird eine Verordnung erlassen, die bestimmt, dass man 30 € Trinkgeld behalten darf. Na bitte, wenn man als Familienmitglied mitarbeitet, was tut man mit dem Trinkgeld, wenn man überhaupt eines bekommt? – Das bekommen dann ohnehin die Enkelkinder und so weiter. Ich meine, die Politik hat andere Aufgaben, als sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Man muss eben schnell helfen, was uns nicht gelungen ist. Für diese Verordnung in Sachen Mithilfe von Familienangehörigen haben wir eineinhalb Jahre lang kämpfen müssen. Das ist einfach zu lang, und das versteht niemand mehr.

Ein anderes Beispiel ist die Bestpreisklausel bei den Buchungsplattformen. Da kämpfen wir auch schon längere Zeit, diese Initiativen werden vertagt. Jetzt ist möglicherweise eine Lösung in Sicht. In Deutschland und in Frankreich wurden diese Bestpreisklauseln gesetzlich verboten, weil sie wettbewerbsverzerrend und -beschränkend sind. Wir arbeiten an dieser Sache auch im Ausschuss ewig, damit wir das weiterbringen, und die Initiativen werden vertagt. Das heißt, da müssen wir besser, schneller und effizienter im Interesse des Tourismus arbeiten. Das gelingt auch nicht immer.

Abschließend: Ich habe im Ausschuss auch den Bericht der Tourismusberatung Prodingler angesprochen. Vom Herrn Vizekanzler wurde repliziert, der ganze Bericht sei im Grundtenor negativ, obwohl Prodingler nichts anderes tut, als aufzuzeigen, wo es wirklich krankt. Immerhin werden 500 Betriebe von dieser Tourismusberatung betreut. Er wurde unter anderem festgestellt, dass es eben nicht gut war, die Abschreibungsdauer für Anlagevermögen in Tourismusbetrieben auf 40 Jahre zu verlängern – das geht nicht, das muss wirklich wieder reduziert werden –, und dass natürlich auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 13 Prozent nicht oder in den seltensten Fällen an den Gast weitergegeben werden kann. (*Präsident Kopf übernimmt den Vorsitz.*)

Das sind Punkte, die aufzuzeigen sind, an denen zu arbeiten ist. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen, speziell der Bürokratieabbau et cetera, ist intensiv voranzutreiben, damit wir Glaubwürdigkeit haben. Es darf nicht bei Worten alleine bleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Opposition ist da eine treibende Kraft, und ich bedanke mich auch bei der Opposition für die vielen gemeinsamen Initiativen. Ich denke, das ist wichtig und richtig. Wir werden schauen, dass wir gemeinsam etwas weiterbringen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

11.59

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Obernosterer zu Wort gemeldet. – Bitte.